

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 46 (1971)
Heft: 4

Artikel: Im Kreuzfeuer der Meinungen : die Bonner Ostpolitik
Autor: Mathiopoulos, Basil P.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1080121>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Im Kreuzfeuer der Meinungen:

Die Bonner Ostpolitik

Der Besuch des deutschen Aussenministers Walter Scheel in Washington hat die Gerüchte zerstreut, die wissen wollten, dass die USA die Ostpolitik Willy Brandts nicht unterstütze. Nicht nur das offizielle Communiqué, sondern das gesamte Klima nach Scheels Gesprächen mit Präsident Nixon und Aussenminister Rogers konnten die simplifizierende Formel relativieren, wonach Paris und London die Aktivitäten der deutschen Bundesregierung in Richtung Osten begrüssten, während Washington zurückhaltend auf die Unterschriften unter den Moskauer Vertrag am 12. August und unter den Warschauer Vertrag am 7. Dezember reagierte.

Ende des vergangenen Jahres brach David Binder, der Bonner Korrespondent der «New York Times», als erster das Schweigen und berichtete, dass man in Bonn besorgt die Ansichten des Weissen Hauses zur Ostpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung beobachte. Daraufhin erklärte das State Departement, zwischen beiden Hauptstädten herrsche volle Übereinstimmung.

Den zweiten Schritt zur Klärung der Washingtoner Position unternahmen zwei ehemalige amerikanische Aussenminister, Dean Acheson und George Ball. Gemeinsam mit dem früheren amerikanischen Hochkommissar John McCloy äusserten sie ihre Besorgnis und Skepsis gegenüber dem schnellen politischen Vorgehen der Bundesregierung. Hierauf betonte das Weisse Haus sein uneingeschränktes Vertrauen zu Bonn.

Diese Zwischenspiele wären längst zu den Akten gelegt, hätte nicht die Springer-Presse in der Bundesrepublik Anfang Februar in grosser Aufmachung Berichte ihrer Washingtoner Korrespondenten veröffentlicht, die wissen wollten, dass ein dort lebender sowjetischer Diplomat Bundeskanzler Brandt beschuldigt hätte, Zusagen gebrochen zu haben, die er bei der Un-

Bundeskanzler Willy Brandt und Parteichef Leonid Breschnjew nach der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrages im Kreml: Vorwärts zum gesteckten Ziel



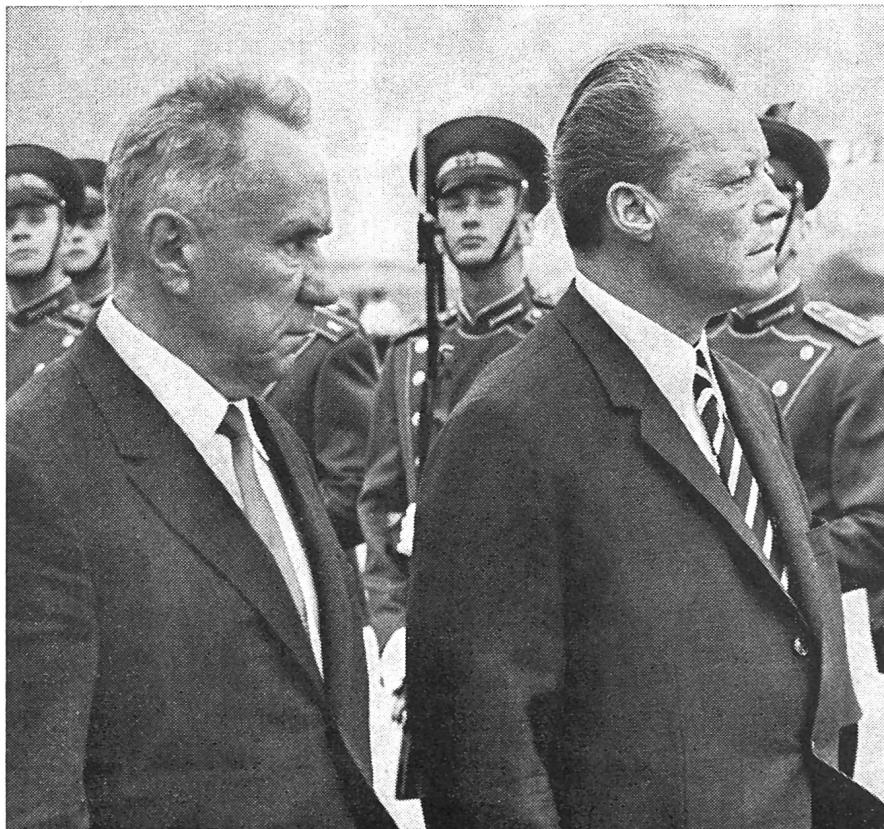
terzeichnung des Moskauer Vertrages gegeben hätte. Eine neue, antideutsche Propagandawelle aus Moskau wurde angekündigt. Gleichzeitig wiederholte die Springer-Presse ihre Berichte noch einmal unter Berufung auf einen sowjetischen Botschaftsrat in Stockholm.

Doch alle diese Vorwürfe wurden nicht nur von der sowjetischen Botschaft in Bonn kategorisch dementiert und sogar in einem Artikel der «Prawda» zurückgewiesen, sondern auch in einem Statement des scheidenden sowjetischen Botschafters in Bonn, Zarapkin, widerlegt. Nun ist es kein Geheimnis, dass die Zeitungen des Springer-Konzerns die Regierung Brandt/Scheel seit ihrer Amtsübernahme konsequent bekämpfen. Doch in diesem, wie in vielen anderen Fällen, war aus sachlichen Berichten die Darstellung des eigenen opponierenden Eifers geworden.

Interessant aber bleibt, dass beide

Hauptstädte — Washington wie Moskau — offiziell die Notwendigkeit eines Erfolges der neuen deutschen Ostpolitik sehen. Es ist allgemeines Bewusstsein der internationalen Politik geworden, dass die sozial-liberale Bundesregierung mit ihrer Politik die einzige Alternative zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und der Blockbildung in Europa zu bieten hat. Zwanzig Jahre lang begnügte sich die deutsche Politik mit dem relativ bequemen Satz «Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit», der bei genauerem Hinsehen keinerlei programatische Substanz enthielt, sondern nur zur Etablierung der DDR und zum Bau der Berliner Mauer 1961 geführt hat. Der Versuch, die Voraussetzungen für einen besseren Modus vivendi zu schaffen, beinhaltet für die Zukunft eine wirklich friedliche Koexistenz in Europa und eine bestmögliche Annäherung der beiden Staaten deutscher Nation.

Brandts Abflug von Moskau am 13. August 1970: Auf den Tag genau 9 Jahre nach der Errichtung der Berliner Mauer



Es war ein geschickter politischer Schachzug Willy Brandts, auf die Wiederbelebung des Vierer-Kontrollrates in Berlin von Anfang an Wert zu legen und damit festzustellen, dass die juristische Verantwortung für eine Lösung des Berlin-Problems bei den vier Siegermächten von 1945 liegt. Seine klaren Aussagen in Moskau und vor dem Deutschen Bundestag in Bonn über den Zusammenhang zwischen der Ratifizierung des Moskauer Vertrages und essentiellen Verbesserungen der Lage in und um Berlin genügten, um die Position der deutschen Bundesregierung klar zu fixieren.

Nun wollen Beobachter in Moskau wissen, dass die Lösung der Berlinfrage in der Führung der KPdSU zu hartnäckigen Auseinandersetzungen geführt hat. Nach ihrer Meinung gibt es vornehmlich unter den Militärs Kreise, die die Ratifizierung des Moskauer Vertrages ohne eine Berlin-Lösung erzwingen wollen. Dagegen sieht die politische Führung ein, dass die neue Ostpolitik der Bundesregierung nur dann eine Chance hat, wenn ein Vertrag über Berlin die Bundesrepublik zufrieden stellt. Vielleicht zeigen die letzten Vierer-Gespräche, die inzwischen das Stadium von Verhandlungen erreicht haben, dass die Sowjetunion den Status quo in Europa wünscht und ihn kodifizieren will.

Ein vollkommen anderes Kapitel aber ist die Skepsis in Washington und Moskau — ganz im Gegensatz zu den Reaktionen in Paris und London — gegenüber der neuen Mündigkeit Bonns, die die Voraussetzungen zur europäischen Integration festigt. So sind gerade die manchmal sehr sporadischen Äusserungen vor allem in den USA zur deutschen Politik zu verstehen. Nur wissen beide Supermächte genau, dass ein Scheitern der Ostpolitik Willy Brandts mit der Rückkehr zum kalten Krieg und zu noch verhärteteren Fronten, also mit einer Gefahr für den Weltfrieden gleichzusetzen ist.

Basil P. Mathiopoulos